

Lehment, Harmen

Article — Digitized Version

Zur Bestimmung des beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraums

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Lehment, Harmen (1999) : Zur Bestimmung des beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraums, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 79-89

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2262>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Bestimmung des beschäftigungsneutralen Lohnerhöhungsspielraums

Von **Harmen Lehment**

Der beschäftigungsneutrale Anstieg des Lohnniveaus ist in zweifacher Hinsicht eine wirtschaftspolitisch interessante Größe. Zum einen spielt er eine Rolle im sogenannten Insider-Outsider-Modell des Arbeitsmarktes (Lindbeck und Snower 1988); dort streben die Insider – sobald sie ihre Arbeitsplätze als gesichert ansehen – Lohnerhöhungen an, die die Beschäftigtenzahl konstant halten. Zum anderen kann die beschäftigungsneutrale Lohnzuwachsrate als „Benchmark“ für eine Tarifpolitik herangezogen werden, die auf eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl gerichtet ist. Der Sachverständigenrat hat ein Verfahren zur Ermittlung des beschäftigungsneutralen Reallohnanstiegs entwickelt (Sachverständigenrat 1998, Anhang V, E). Allerdings wird in der Tarifpolitik üblicherweise nicht über Reallohnzuwächse, sondern über Nominallohnzuwächse entschieden. Von daher stellt sich die Frage, wie sich die vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Formel für einen beschäftigungsneutralen Reallohnanstieg in eine Formel für einen beschäftigungsneutralen Nominallohnanstieg überführen läßt. In diesem Beitrag wollen wir ein entsprechendes Verfahren vorstellen und seine Implikationen für die Tariflohnpolitik diskutieren.

Das Verfahren des Sachverständigenrats

Der beschäftigungsneutrale Reallohnanstieg wird bestimmt durch die – um Beschäftigungsänderungen bereinigte – Zuwachsrate der Grenzproduktivität der Arbeit. Diese berechnet der Sachverständigenrat anhand einer Produktionsfunktion des Cobb-Douglas-Typs. Dabei gilt:

$$[1] \quad (\partial Y / \partial L) = \hat{a} + (Y / L),$$

wobei Y den Output, L die Beschäftigung und a die (im Zeitablauf variable) Produktionselastizität der Arbeit bezeichnet. Ein „ $\hat{}$ “ kennzeichnet die Zuwachsrate der jeweiligen Variablen. Gemäß [1] ist die Zuwachsrate der Grenzproduktivität der Arbeit $(\partial Y / \partial L)$ gleich der Zuwachsrate der Durchschnittsproduktivität der Arbeit (Y / L) zuzüglich der Änderungsrate der Produktionselastizität der Arbeit. Der beschäftigungsneutrale Zuwachs der Durchschnittsproduktivität $(Y / L)^*$ ergibt sich als

$$[2] \quad (Y / L)^* = (Y / L) + (1 - a) \hat{L}.^1$$

¹ Zur Ableitung dieser Beziehung vgl. Klodt (1986), Sachverständigenrat (1998: 294 f.).

Das bedeutet: Bei rückläufiger Beschäftigung liegt der beschäftigungsneutrale Anstieg der Durchschnittsproduktivität unter dem tatsächlich gemessenen Zuwachs der Durchschnittsproduktivität (und vice versa).²

Die um Beschäftigungsänderungen bereinigte Zuwachsrate der Grenzproduktivität der Arbeit läßt sich analog zu [1] darstellen als

$$[3] \quad (\partial Y/\partial L)^* = (Y/L)^* + \hat{a}.$$

Die beschäftigungsneutrale Zuwachsrate der Durchschnittsproduktivität ist für die Referenzperiode – nämlich die Laufzeit der abzuschließenden Lohnverträge – nicht bekannt, muß also geschätzt werden. Hier wendet der Sachverständigenrat zwei unterschiedliche Methoden an: Zum einen werden auf der Basis von [2] errechnete Durchschnittswerte über den vorangegangenen Konjunkturzyklus herangezogen, zum anderen wird die aktuelle Veränderung der Durchschnittsproduktivität und der Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr betrachtet. Im Jahrestgutachten 1998/99 (Tabelle E1) führen beide Berechnungsmethoden übereinstimmend zu einer Zuwachsrate der beschäftigungsneutralen Durchschnittsproduktivität im Unternehmenssektor von 2¼ vH (auf Stundenbasis).

Der nächste Schritt bei der Ermittlung der beschäftigungsneutralen Zunahme der Grenzproduktivität besteht in der Schätzung der Veränderung der Produktionselastizität a . Diese Schätzung erfolgt beim Sachverständigenrat in Form einer Trendberechnung für die Lohnquote.³ Die Lohnquote ist im Zeitraum 1982–1993 mit einer Trendrate von 0,8 vH zurückgegangen, im Zeitraum 1988–1998 sogar mit einer Trendrate von 1 vH. Die Veränderungsrate der beschäftigungsneutralen Grenzproduktivität liegt somit im Unternehmenssektor im Bereich von 1¼ bis 2 vH (Sachverständigenrat 1998, Tabelle E1). Ein Reallohnanstieg in dieser Größenordnung wäre entsprechend als beschäftigungsneutral einzustufen.

Vom beschäftigungsneutralen Reallohnanstieg zum beschäftigungsneutralen Nominallohnanstieg

Eine Hauptschwierigkeit des produktivitätsorientierten Ansatzes liegt in der Umsetzung der reallohnbezogenen Betrachtungsweise in eine für die Zwecke der Tarifpolitik geeignete nominallohnbezogene Betrachtungsweise. Wie soll der Preisausgleich bei einer beschäftigungsneutralen Tariflohnerhöhung veranschlagt werden? Formal ergibt sich der beschäftigungsneutrale Nominallohnanstieg \hat{W}^* aus dem gemäß [3] bestimmten beschäftigungsneutralen Reallohnanstieg und dem beschäftigungsneutralen Preisniveaustieg \hat{P}^* :

$$[4] \quad \hat{W}^* = (Y/L)^* + \hat{a} + \hat{P}^*.$$

² Die Produktionselastizität der Arbeit, a , entspricht unter vereinfachenden Annahmen der Lohnquote. Veranschlagt man diese mit ungefähr 0,6 (Sachverständigenrat 1998, Tabelle E1), so impliziert dies, daß ein Anstieg der Beschäftigung um ein Prozent die Durchschnittsproduktivität um 0,4 Prozent vermindert.

³ Die zugrundegelegte Definition der Lohnquote weicht dabei etwas von der üblichen Definition der Lohnquote ab (Sachverständigenrat 1998, Tabelle E1).

Die relevante Preisvariable ist die Zuwachsrate der Nettoabsatzpreise der Unternehmen (Sachverständigenrat 1998, TZ 169).⁴ Ein genaues Verfahren zur Ermittlung des beschäftigungsneutralen Preisniveaustiegs findet sich beim Sachverständigenrat allerdings nicht. Der Rat ermittelt den Preiszuschlag auf der Basis der erwarteten Entwicklung des Deflators des Bruttoinlandsprodukts (Sachverständigenrat 1997, TZ 208). Allerdings kann diese Größe von der beschäftigungsneutralen Zunahme der Nettoabsatzpreise der Unternehmen abweichen. So führt eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze bei gegebener Entwicklung der (vor Steuern berechneten) Nettoabsatzpreise zu einem zusätzlichen Anstieg des BIP-Deflators. In diesem Fall ist für die Prognose der Nettoabsatzpreise ein Abschlag von der erwarteten Erhöhung des BIP-Deflators vorzunehmen. Darüber hinaus ist der erwartete Anstieg des BIP-Deflators nicht notwendigerweise gleich dem beschäftigungsneutralen Anstieg des BIP-Deflators. Dies wäre nur dann so, wenn der prognostizierten Entwicklung des BIP-Deflators die Erwartung einer kurz- und mittelfristig konstanten Erwerbstätigenzahl zugrundeliegen würde, was jedoch üblicherweise nicht der Fall ist.⁵

Eine Möglichkeit zur Berechnung des beschäftigungsneutralen Preisniveaustiegs sieht wie folgt aus. Der Anstieg der Absatzpreise \hat{P} ist gleich der Differenz aus der Anstiegsrate der nominalen und der realen Wertschöpfung, $\hat{Y}N$ und \hat{Y} :

$$[5] \quad \hat{P} = \hat{Y}N - \hat{Y}.$$

Der beschäftigungsneutrale Anstieg des Preisanstiegs \hat{P}^* ist gegeben durch die Beziehung

$$[6] \quad \hat{P}^* = \hat{Y}N - \hat{Y}^*,$$

wobei \hat{Y}^* den beschäftigungsneutralen Anstieg der realen Wertschöpfung bezeichnet. Der beschäftigungsneutrale Anstieg der realen Wertschöpfung ist identisch mit dem beschäftigungsneutralen Anstieg der Durchschnittsproduktivität; es gilt also:

$$[7] \quad \hat{P}^* = \hat{Y}N - (\hat{Y}/L)^*.$$

Für den Unternehmenssektor wird die Größe $(\hat{Y}/L)^*$ vom Sachverständigenrat im Zuge der Berechnung des beschäftigungsneutralen Reallohnanstiegs geschätzt. Eine Schätzung des Anstiegs von $\hat{Y}N$ für den Unternehmenssektor nimmt der Sachverständigenrat nicht vor. Dieser kann angesichts des in den vergangenen Jahren relativ konstanten Anteils der im Unternehmenssektor erbrachten Wertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Tabelle 1) allerdings durch die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts approximiert werden.⁶ Bei

⁴ Der Anstieg der Nettoabsatzpreise der Unternehmen verläuft nicht einheitlich. So stiegen in Deutschland die Absatzpreise des Exportsektors in den neunziger Jahren deutlich weniger als die Absatzpreise des Binnensektors (Siebert 1998: 46 f.).

⁵ Der Sachverständigenrat hat bei der Ermittlung des beschäftigungsneutralen Preisanstiegs im Jahresgutachten 1997/98 (TZ 208) einen Abschlag von 0,5 vH gegenüber der erwarteten Preissteigerungsrate vorgenommen; eine nähere Begründung für dieses Vorgehen gibt er jedoch nicht.

⁶ Dies gilt zumindest bei konstanten Umsatzsteuersätzen. Die Modifikation, die sich bei einer Änderung der Umsatzsteuersätze ergibt, wird im nachfolgenden Abschnitt erörtert.

Tabelle 1: Anteil der Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Deutschland 1992–1997

Jahr	Anteil in vH	Jahr	Anteil in vH
1992	85,6	1995	85,5
1993	85,3	1996	85,6
1994	85,6	1997	85,7

Quelle: Sachverständigenrat (1998, Tab. 20*), eigene Berechnungen.

einer vom Sachverständigenrat für 1999 prognostizierten Zuwachsrates des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,35 vH und einem geschätzten beschäftigungsneutralen Anstieg der Durchschnittsproduktivität von 2,75 vH ergibt sich ein beschäftigungsneutraler Anstieg der Nettoabsatzpreise im Unternehmenssektor von 0,6 vH.

Addiert man diesen Wert zu dem vom Sachverständigenrat ermittelten beschäftigungsneutralen Reallohnzuwachs von 1% bis 2 vH, so erhält man einen beschäftigungsneutralen Nominallohnanstieg von ungefähr 2½ vH.⁷

Der beschäftigungsneutrale Anstieg des Nominallohnniveaus läßt sich auch herleiten als Summe aus dem Zuwachs der nominalen Wertschöpfung und der trendmäßigen Änderung der Lohnquote; dieser Zusammenhang ergibt sich durch Einsetzen von [7] in [4]:

$$[8] \quad \hat{W}^* = \hat{Y}N^* + \hat{a}.$$

Der beschäftigungsneutrale Nominallohnanstieg als „Benchmark“ für die Tarifpolitik

Der nach dem im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Verfahren ermittelte beschäftigungsneutrale Anstieg des Nominallohnniveaus kann als Orientierungspunkt für die Tarifpolitik dienen. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist die Frage von besonderem Interesse, welche Beschäftigungseffekte sich ergeben, wenn der Nominallohnanstieg unter der beschäftigungsneutralen Rate liegt. Bei einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, wie sie der Sachverständigenrat unterstellt, und Entlohnung nach dem Grenzprodukt gilt:

$$[9] \quad \hat{W} - \hat{P} = \hat{a} + (\hat{Y}N - \hat{P} - \hat{L}),$$

wobei die rechte Seite der Gleichung die Änderung der Grenzproduktivität im Falle einer Cobb-Douglas-Funktion bezeichnet. Löst man [9] nach der Änderung der Beschäftigung \hat{L} auf, so erhält man

$$[10] \quad \hat{L} = \hat{a} + \hat{Y}N - \hat{W}.$$

Steigt der Nominallohnsatz mit der Benchmark-Rate von $\hat{a} + \hat{Y}N$, so bleibt die Beschäftigung unverändert; liegt der Anstieg des Nominallohnsatzes um einen

⁷ Dies deckt sich mit der Einschätzung von Siebert (1999).

Prozentpunkt unter der Benchmark-Rate, so steigt die Beschäftigung um ein Prozent.

Allerdings stellt sich für die Tarifpolitik die Frage, ob die Höhe des Nominallohnzuwachses Rückwirkungen auf die Lohnquote bzw. die nominale Wertschöpfung – und damit auf die Benchmark-Rate – hat.⁸ Im folgenden soll zunächst geprüft werden, ob ein Einfluß des Nominallohnanstiegs auf die nominale Bruttowertschöpfung vorliegt.

Für den Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung gilt:

$$[11] \quad \hat{Y}N = \hat{B}IPN - \hat{T}$$

mit $\hat{B}IPN$ = nominales Bruttoinlandsprodukt und $\hat{T} = (1 + \hat{t})$, wobei t den durchschnittlichen Satz der Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben bezeichnet.⁹

Die Größe \hat{T} ist von der Lohnzuwachsrate unabhängig. Die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts wurde während der zurückliegenden Jahre in Deutschland angesichts einer stabilen Geldnachfrage (König 1996) maßgeblich von der Geldpolitik der Bundesbank bestimmt. Um zu prüfen, ob die Zuwachsrate des nominalen BIP außer von der Geldmengenentwicklung auch von der Lohnentwicklung beeinflusst wird, wurde eine entsprechende Regressionschätzung vorgenommen. Das Ergebnis ist in Tabelle 2 dargestellt.

Die Regression für den Zeitraum 1972–1989 zeigt, daß die Zuwachsrate des nominalen BIP relativ gut erklärt werden kann durch

- die Zuwachsrate der Geldmenge M3,
- die im vorangegangenen Jahr bestehende Abweichung von der langfristigen Gleichgewichtsbeziehung zwischen nominalem BIP und M3 (Fehlerkorrekturterm) sowie
- der Änderung der Lohnzuwachsrate.

Im Gegensatz zur Geldmenge M3, die in einer langfristigen Gleichgewichtsbeziehung zum nominalen BIP steht, hat die Lohnentwicklung nur einen vorübergehenden Effekt auf den Zuwachs des nominalen BIP. Eine Beschleunigung des Nominallohnanstiegs um einen Prozentpunkt führt im betreffenden Jahr bei gegebener Geldmengenentwicklung zu einem zusätzlichen Anstieg des nominalen BIP um ungefähr einen halben Prozentpunkt. Dieser zusätzliche Anstieg des nominalen BIP wird allerdings in den folgenden Jahren über den Fehlerkorrekturterm wieder rückgängig gemacht. Höhere Lohnzuwächse haben somit keinen

⁸ Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, daß die Gleichung auf den Zuwachs der Effektivlöhne (einschließlich von Lohnzusatzkosten) abstellt. Bei steigenden Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung liegt der beschäftigungsneutrale Tariflohnanstieg unter dem beschäftigungsneutralen Effektivlohnanstieg (Siebert 1997). Tarifabschlüsse unterhalb der Benchmark-Rate führen zudem nur dann zu mehr Beschäftigung, wenn sie sich in einem verringerten Anstieg der Effektivlöhne und nicht in zusätzlichen übertariflichen Zahlungen (Lohndrift) niederschlagen. Unter diesem Aspekt ist es wichtig, daß die Tarifabschlüsse nicht nur im Durchschnitt unter der Benchmark-Rate liegen, sondern darüber hinaus marktgerecht differenziert sind.

⁹ Das Bruttoinlandsprodukt ist definiert als Bruttowertschöpfung zuzüglich der nicht abziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.

Tabelle 2: Regressions-schätzung des Einflusses von Geldmenge und Löhnen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland

1972-1989:	$\begin{aligned} \text{DLOGBIPN} &= 1,65 + 0,33 \text{ DLOGM3} \\ &\quad (5,84) \quad (3,61) \\ &\quad - 0,70 \{ \text{LOGBIPN}(-1) - 0,762 \text{ LOGM3}(-1) \} \\ &\quad (5,81) \\ &\quad + 0,54 \text{ DDLOGLOHN} \\ &\quad (4,90) \end{aligned}$
	$\bar{R}^2 = 0,92$ S.E. = 0,0058 D.W. = 2,08
1972-1996:	$\begin{aligned} \text{DLOGBIPN} &= 1,66 + 0,34 \text{ DLOGM3} \\ &\quad (8,00) \quad (5,91) \\ &\quad - 0,71 \{ \text{LOGBIPN}(-1) - 0,763 \text{ LOGM3}(-1) \} \\ &\quad (7,90) \\ &\quad + 0,54 \text{ DDLOGLOHN} \\ &\quad (5,00) \\ &\quad + 0,04 \text{ DUM9096} + 0,04 \text{ DUM90} \\ &\quad (5,57) \quad (6,20) \\ &\quad + 0,13 \text{ DUM91} - 0,05 \text{ DUM92} + 0,03 \text{ DUM93} \\ &\quad (9,57) \quad (2,53) \quad (3,90) \end{aligned}$
	$\bar{R}^2 = 0,97$ S.E. = 0,0057 D.W. = 2,18
<p>LOGBIPN, LOGM3: nominales BIP bzw. Geldmenge M3 (logarithmiert); DLOGBIPN, DLOGM3: Zuwachsrates des nominalen BIP bzw. der Geldmenge M3; DDLOGLOHN: Änderung der Lohnzuwachsrate (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten); DUM9096: Dummyvariable für die Jahre 1990-1996; DUM90, DUM91, DUM92, DUM93: Dummyvariable für die betreffenden Jahre.</p>	

Quelle: Eigene Berechnungen.

dauerhaften Effekt auf die monetäre Gesamtnachfrage.¹⁰ Die Größe \hat{Y}_N kann somit mittelfristig als eine von der Lohnentwicklung unabhängige Variable angesehen werden und ist von daher als Orientierungsgröße für die Lohnpolitik geeignet.¹¹

¹⁰ Weder das Lohnniveau noch die Lohnzuwachsrate (1. Differenz) erwiesen sich in der Regressionsanalyse als signifikant. Die Schätzergebnisse für den Zeitraum 1972-1996 sind relativ ähnlich wie die für den Zeitraum 1972-1989. Dabei war aufgrund der in die Schätzgleichung eingehenden Verzögerungen die Aufnahme einer Reihe von Dummyvariablen erforderlich, um die mit der deutschen Einheit verbundenen Einflüsse zu erfassen. Angesichts der relativ geringen Zahl von Freiheitsgraden bei der Schätzung mit Jahresdaten wurde zusätzlich eine Schätzung auf der Basis der Quartalsdaten für den Zeitraum 1972-1989 vorgenommen. Diese Schätzung bestätigte den signifikanten Einfluß des Fehlerkorrekturterms und den kurzfristigen positiven Einfluß einer Lohnbeschleunigung auf die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Ein signifikanter Einfluß des Lohnniveaus war auch bei der Schätzung auf Quartalsbasis nicht festzustellen.

¹¹ Bei gegebener Geldmengenexpansion führt ein Absenken des Lohnzuwachspfades selbst kurzfristig nicht zu einem negativen Beschäftigungseffekt. Denn die in diesem Fall auftretende vorübergehende Verminderung von \hat{Y}_N ist nur etwa halb so groß wie der Rückgang von \hat{W} ; gemäß [10] gibt es also auch bei kurzfristiger Betrachtung einen positiven Beschäftigungsimpuls.

Die in die Berechnung des beschäftigungsneutralen Preis- und Nominallohnanstiegs eingehende Zuwachsrate des nominalen BIP wird nach dem Eintritt in die Europäische Währungsunion künftig maßgeblich von der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet abhängen. Der EZB-Rat hat im Dezember 1998 einen Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge M3 bekanntgegeben, der auf einer mittelfristigen Expansion des nominalen BIP im Euro-Währungsgebiet von knapp 4 vH pro Jahr gerichtet ist (Europäische Zentralbank 1999: 53 f.). Wieviel von diesem Anstieg auf Deutschland entfällt, läßt sich nicht eindeutig sagen. Nach Schätzungen der OECD (1998, Annex Table 2) dürfte der Anstieg des nominalen BIP in Deutschland um etwa 0,5 vH niedriger ausfallen als im Durchschnitt des Euro-Währungsgebiets. Von daher ist mittelfristig mit einer Zuwachsrate des nominalen BIP in Deutschland in der Größenordnung von 3,5 vH zu rechnen.

Zu überprüfen ist darüber hinaus, ob die Entwicklung der Lohnquote von der Lohnpolitik unabhängig ist. Der Sachverständigenrat legt bei seiner Berechnung des beschäftigungsneutralen Produktivitätsfortschritts eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion zugrunde. Diese impliziert, daß die Höhe der Lohnzuwächse keinen Einfluß auf die Lohnquote hat. Änderungen der Lohnquote ergeben sich allein aus exogenen (durch die Art des technischen Fortschritts bedingten) Änderungen der Produktionselastizität des Faktors Arbeit. In Modellen mit unvollständigem Wettbewerb können Änderungen der Lohnquote auch aus Änderungen der Gewinnspanne (Markup) resultieren (Blanchard 1997). Solange diese Änderungen exogen sind, ändert sich an der Aussage nichts, daß die Höhe der Lohnzuwächse keinen Einfluß auf die Lohnquote hat.

Der Einfluß von Änderungen des Nominallohnniveaus auf die Lohnquote läßt sich empirisch durch eine Regressionsschätzung überprüfen. Als Lohnquote wird dabei die Relation der Arbeitseinkommen zur inländischen Nettowertschöpfung (Nettoinlandsprodukt) herangezogen.¹² Erklärende Variablen sind der Grad der Nominallohnzurückhaltung, definiert als Differenz aus dem nominalen Wertschöpfungszuwachs und dem Anstieg des Nominallohnniveaus¹³, sowie eine Dummyvariable für die Jahre ab 1982 zur Erfassung von geänderten trendmäßigen Einflüssen auf die Lohnquote. Das Ergebnis der für Westdeutschland 1970–1994 durchgeführten Regressionsschätzung ist in Tabelle 3 dargestellt. Steigt das Nominallohnniveau stärker als das nominale Nettoinlandsprodukt – ist der Term LZ also negativ – so ergibt sich zwar im laufenden Jahr eine Ausweitung der Lohnquote; diese wird jedoch in den folgenden Jahren wieder zurückgeführt (Schaubild 1). Durch eine expansive Tarifpolitik läßt sich die Lohnquote somit

¹² Die Arbeitseinkommen sind definiert als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Beschäftigung multipliziert mit der Relation aus der Zahl der Erwerbstätigen zur Zahl der abhängig Beschäftigten (Inlandskonzept). Der Sachverständigenrat verwendet bei seinen Berechnungen der Grenzproduktivität als Bezugsgröße für die Lohnquote die Bruttowertschöpfung abzüglich des Saldos von Produktionssteuern und Subventionen. Die so definierte Lohnquote entwickelt sich weitgehend ähnlich wie die auf die Nettowertschöpfung bezogene Quote.

¹³ Analog zu der hier gewählten Definition der Lohnquote wird dabei der Zuwachs der nominalen Nettowertschöpfung (Nettoinlandsprodukt) herangezogen. Mittelfristig unterscheidet sich dieser nur wenig von der Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung.

Tabelle 3: Regressionsschätzung zum Zusammenhang von Nominallohnzurückhaltung und Lohnquote in Westdeutschland 1970–1994

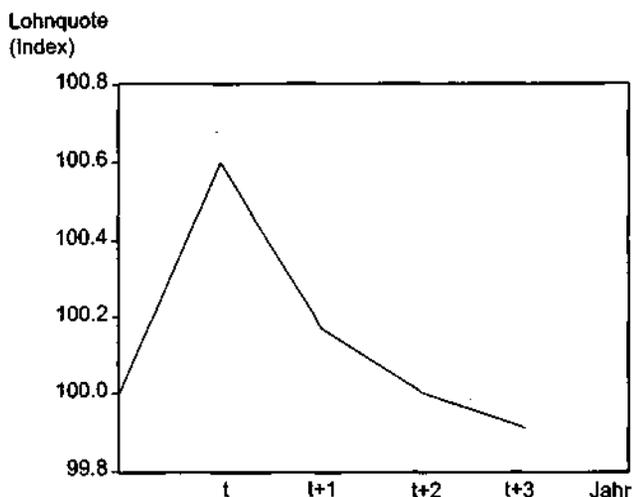
$$\begin{aligned}
 \text{DLQ} = & 0,062 - 0,60 \text{ LZ} + 0,43 \text{ LZ}(-1) \\
 & (5,23) \quad (12,31) \quad (8,27) \\
 & + 0,17 \text{ LZ}(-2) + 0,09 \text{ LZ}(-3) - 0,0134 \text{ DUM82} \\
 & (3,21) \quad (2,04) \quad (6,62)
 \end{aligned}$$

$$\bar{R}^2 = 0,94 \quad \text{S.E.} = 0,0039 \quad \text{D.W.} = 1,97$$

DLQ = Zuwachsrate der Lohnquote; LZ = Nominallohnzurückhaltung (Definition im Text); DUM82 = Dummyvariable für die Jahre ab 1982.

Quelle: Wie Tabelle 2.

Schaubild 1: Auswirkungen einer um einen Prozentpunkt über den Anstieg des Nettoinlandsprodukts hinausgehenden Lohnerhöhung auf die Lohnquote (Simulation)



mittelfristig nicht erhöhen.¹⁴ Analog hierzu gilt, daß Nominallohnerhöhungen, die hinter dem Zuwachs des nominalen Nettoinlandsprodukts zurückbleiben, auf mittlere Sicht nicht zu einer Verminderung der Lohnquote führen. Mit Nominallohnzurückhaltung läßt sich der Rückgang der Lohnquote in Deutschland seit Anfang der achtziger Jahre also nicht erklären. Vielmehr ist der Rück-

¹⁴ Dies impliziert, daß eine um einen Prozentpunkt über die Benchmark-Rate hinausgehende Nominallohnerhöhung mittelfristig zu einem Rückgang der Beschäftigung um rund einen Prozentpunkt führt (vgl. hierzu auch Lapp und Lehment 1997).

gang der Lohnquote ein Trendphänomen¹⁵, das auf andere Weise erklärt werden muß.

Als Erklärungsfaktor ist dabei insbesondere die seit Anfang der achtziger Jahre erkennbare Tendenz zu einer Anhebung der Renditeanforderungen zu nennen.¹⁶

Für den Anstieg der Renditeanforderungen lassen sich eine Reihe von Gründen anführen:

- Anfang der achtziger Jahre zeigte sich, daß die zuvor von deutschen Unternehmen betriebene Strategie einer Verteidigung von Marktanteilen durch Inkaufnahme sinkender Gewinnmargen nicht durchhaltbar war. Es kam zu einer breit angelegten Neuorientierung in Richtung auf eine stärker an Renditegesichtspunkten orientierte Unternehmenspolitik (Lehment 1991: 77). Der Abbau von Aktivitäten, die die höher gesteckten Renditeziele nicht erfüllten, führte zu einem Anstieg der durchschnittlichen Gewinnmargen.
- Gefördert wurde dieser Prozeß durch das Aufkommen einflußreicher renditeorientierter Aktionärsgruppen (insbesondere Fondsgesellschaften) und dem daraus resultierenden Druck auf eine am Shareholder Value ausgerichtete Strategie.
- Durch die verstärkte Internationalisierung der Produktion und das Zusammenwachsen der Aktienmärkte intensivierte sich der unternehmensinterne und -externe Wettbewerb um Risikokapital. Die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Renditen amerikanischer Unternehmen wurden zunehmend auch für deutsche Unternehmen zur Orientierungsgröße und schlugen sich im einem Anstieg der Renditeanforderungen nieder.
- Der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende verstärkte Strukturwandel hat das unternehmerische Risiko erhöht; ein Indiz hierfür ist der starke Anstieg der Insolvenzquote in Deutschland (Angele 1998). Ein steigendes Ertragsrisiko führt tendenziell ebenfalls zu höheren Renditeanforderungen.
- Caballero und Hammour (1997) sehen einen zentralen Grund für steigende Renditeanforderungen in der aggressiven Lohnpolitik, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in Deutschland und anderen europäischen Staaten zu beobachten war. Diese hat nach ihrer Auffassung dazu geführt, daß die Unternehmen insbesondere Investitionen in arbeitsintensive Branchen einschränkten und Produktionsverfahren entwickelten, die mit relativ weniger Arbeitskräften auskommen (vgl. hierzu auch Berthold et al. 1998: 741 f.).

Der rückläufige Trend der Lohnquote hat sich seit 1994 nicht abgeschwächt, sondern eher etwas verstärkt.¹⁷ Nach Berechnungen des Sachverständigenrats (1998, Tabelle E1), lag der durchschnittliche jährliche Rückgang der Lohnquote in den

¹⁵ Der trendmäßige Rückgang im Zeitraum 1982–1994 liegt bei etwa 0,75 vH (entsprechend der Summe aus der Konstanten und dem Koeffizienten der Dummyvariablen).

¹⁶ Die Vermutung, daß der Rückgang der Lohnquote auf steigenden Renditeanforderungen beruht, wird gestützt durch die Beobachtung, daß beim Investitionsverhalten seit 1982 ebenfalls ein trendmäßiger dämpfender Einfluß zu beobachten ist (Lapp und Lehment 1997: 73 f.).

¹⁷ So fiel der Rückgang der Lohnquote in dem Zeitraum 1995–1998 deutlicher aus, als es auf der Basis einer out-of-sample Prognose anhand der Regressionsgleichung in Tabelle 3 zu erwarten war.

letzten zehn Jahren bei 1 vH. Von daher ist bei der Tarifpolitik vorerst weiter ein trendmäßiger Rückgang der Lohnquote einzukalkulieren.¹⁸

Veranschlagt man den trendmäßigen Rückgang der Lohnquote mit etwa 1 vH und den Anstieg der nominalen Wertschöpfung angesichts des vom EZB-Rat angekündigten geldpolitischen Kurses mit 3½ vH, dann liegt der beschäftigungsneutrale Anstieg des Nominallohniveaus in den kommenden Jahren bei 2½ vH. Bleibt der Nominallohnzuwachs um einen Prozentpunkt unter dieser Rate, so ist mittelfristig eine Zunahme der Beschäftigung um 1 vH zu erwarten. Damit in Deutschland auf längere Sicht eine Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, müßte der Nominallohnzuwachs drei Jahre lang um einen Prozentpunkt unter der Benchmark-Rate liegen.

Summary

The employment-neutral increase of the nominal wage level can be obtained by the sum of nominal value-added growth and the trend change of the labour share. It is shown that the growth rate of nominal GDP in Germany is largely explained by the expansion of the money stock; higher nominal wage increases only have a short-lived effect on nominal GDP-growth. In a similar vein, aggressive nominal wage increases in Germany tend to lead only to a transitory rise in the labour share. The substantial reduction in the German labour share since the early eighties cannot be explained by wage moderation but is due to other factors, in particular a rise of required rates of returns in the business sector. The employment-neutral nominal wage increase can be used as a benchmark for wage negotiations. On the basis of the empirical estimates which are presented in this paper, a nominal wage expansion of one percentage point below the benchmark rate will raise employment in Germany by about one percent in the medium-run.

Literaturverzeichnis

Angele, J. (1998). Insolvenzen 1997. *Wirtschaft und Statistik* (4).

Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (1998). Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1998. Berlin, 16. Oktober.

Berthold, N., R. Fehn und E. Thode (1998). Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung? *Wirtschaftsdienst* 78 (12): 736-742.

¹⁸ Das DIW vertritt hier eine andere Auffassung (Arbeitsgemeinschaft 1998: 83). Es verweist darauf, daß die Arbeitseinkommensquote mittlerweile den niedrigsten Wert der Nachkriegsgeschichte erreicht hat, und sieht von daher keinen Grund für einen weiteren Rückgang der Quote. Der Umstand, daß die Arbeitseinkommensquote ein historisch niedriges Niveau erreicht hat, schließt jedoch einen weiteren Rückgang nicht aus. So lag die Kapitalrendite 1998 noch deutlich unter dem Anfang der sechziger Jahre erreichten Höchststand (Sachverständigenrat 1998, Tabelle B1). Zudem können institutionelle Änderungen, wie sie im Zusammenhang mit der Änderung der Renditeanforderungen aufgeführt wurden, zu einem Absinken der Arbeitseinkommensquote unter das frühere Niveau führen (Caballero und Hammour 1997).

- Blanchard, O. (1997). The Medium Run. *Brookings Papers on Economic Activity* (2): 89–158.
- Caballero, R., und M. Hammour (1997). Jobless Growth: Appropriability, Factor Substitution, and Unemployment. NBER Working Paper 6221. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Europäische Zentralbank (1999). *Monatsbericht*. Januar. Frankfurt am Main.
- Klodt, H. (1986). Lohnquote und Beschäftigung – Die Lohnlücke. In *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*. Stuttgart.
- König, R. (1996). The Bundesbank's Experience of Monetary Targeting. In Deutsche Bundesbank (Hrsg.), *Monetary Policy Strategies in Europe*. München.
- Lapp, S., und H. Lehment (1997). Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. *Die Weltwirtschaft* (1): 67–83.
- Lehment, H. (1991). Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990. *Die Weltwirtschaft* (2): 72–85.
- Lindbeck, A., und D. Snower (1998). *The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment*. Cambridge, Mass.
- OECD (1998). *Economic Outlook*. Dezember. Paris.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1997). *Wachstum, Beschäftigung, Währungsunion – Orientierungen für die Zukunft. Jahresgutachten 1997/98*. Stuttgart.
- (1998). *Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99*. Stuttgart.
- Siebert, H. (1997). Die Einschränkung des Lohnbildungsspielraums durch die Kosten der Sozialversicherung. *Die Weltwirtschaft* (1): 1–7.
- (1998). *Arbeitslos ohne Ende? Strategien für mehr Beschäftigung*. Wiesbaden.
- (1999). Für die Lohnpolitik ist eine nüchterne Bestandsaufnahme notwendig. *Handelsblatt*, 11. Januar.